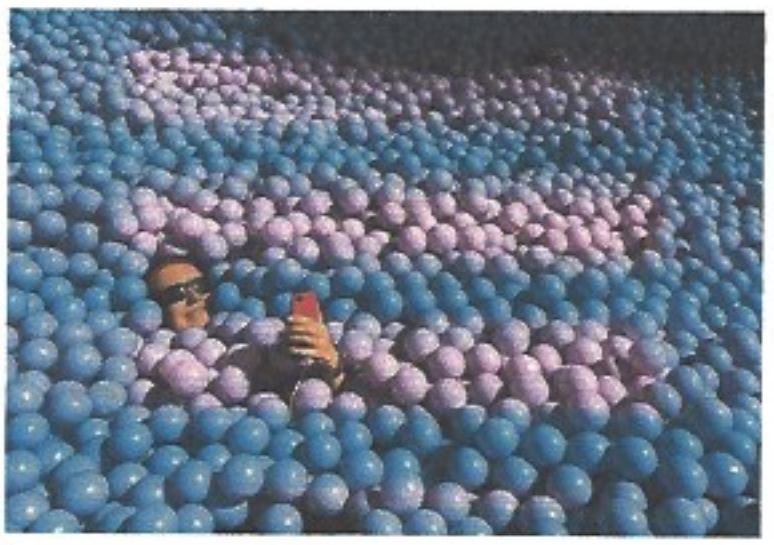
Mit der grossen Freiheit ist es vorbei

Facebook & Co. würden am liebsten in Ruhe gelassen werden – doch der Regulierungsdruck steigt

Urs Saxer



Laisser-faire gegenüber sozialen Netzwerken war gestern – Regelungen rollen an. (Bild von der IT-Messe Cebit 2018). k. Bocsi / Bloomberg

Für die Anhänger von Donald Trump, der wie kein anderer über Twitter und Facebook regierte, sind die grossen, in Kalifornien beheimateten sozialen Netzwerke das ideale Feindbild: mächtig, politisch einseitig, gegen die Republikaner und gegen Trump selber eingestellt. Als Twitter zum ersten Mal Trumps Tweets wegen der Verbreitung von Fake-News und Lügen markierte und teilweise löschte, drohte dieser als Rache, die Netzwerke durch eine Gesetzesänderung für die von ihnen verbreiteten Inhalte verantwortlich zu machen.

Der Präsident wusste genau, dass der damit verbundene Aufwand für eine permanente und umfassende Inhaltskontrolle das Businessmodell der Netzwerke infrage gestellt hätte. Aber Trump verlor bekanntlich die Wahl, und seine Accounts bei Facebook und Twitter wurden im Anschluss an die von ihm befeuerte Erstürmung des Capitols geschlossen – wobei Facebook die Sperrung letzte Woche für weitere sechs Monate verlängert hat.

Diese Entscheidung der Netzwerke kam nach dem Geschmack vieler Demokraten zu spät: Sie können es nicht verstehen, dass Trump, rechtsextreme Gruppierungen, Verschwörungstheoretiker, Corona-Leugner und andere Extremisten scheinbar kaum behelligt diese Netzwerke nutzen können.

Millionenfaches Löschen

Auch Republikaner wollen die Social Media stärker regulieren, wenn auch teilweise aus anderen Gründen und mit verschiedenen Zielen. Von beiden politischen Lagern unter Beschuss geraten ist Section 230 der Communication Decency Act von 1996, welche die Netzwerke weitgehend von einer Haftung für Inhalte befreit. Republikaner argumentieren, diese Freistellung sei nur gerechtfertigt, wenn die Netzwerke in Inhalte nicht eingriffen. Nach Auffassung der Demokraten sollten die Netzwerke dagegen vermehrt gegen extreme Inhalte vorgehen.

Dabei scheint die Demokraten nicht zu stören, dass Netzwerke so praktisch zu Zensoren werden. Auch sonst fällt auf, dass – zumindest in den USA – der verfassungsrechtlich garantierten Kommunikations- und Informationsfreiheit der Nutzer praktisch keine Bedeutung beigemessen wird. Vielmehr haben Gerichte entschieden, dass die Netzwerke im Unterschied zum Staat nicht an das First Amendment, also die Verfassungsgarantie der Meinungsfreiheit, gebunden sind.

Daher löschen Facebook und Konsorten rechtsstaatlich weitgehend unbehelligt jährlich millionenfach Inhalte, gestützt auf ihre eigenen Nutzerregelungen. Diese können sehr detailliert, aber zugleich auch sehr unpräzise sein. Die Löschungen erfolgen teilweise automatisiert, unter Einsatz von künstlicher Intelligenz – was nicht immer zu intelligenten Resultaten führt.

Wie dem auch sei: Die Zeit des Laisser-faire gegenüber Netzwerken ist wohl vorbei. Deren Strategie – lieber Selbst- als Fremdregulierungen – scheint immer weniger aufzugehen. Zahlreiche Staaten haben damit begonnen, die Freiheit der Plattformen gesetzlich einzuschränken. Die Gründe sind nicht immer lauter und die Stossrichtungen sehr unterschiedlich. Sie reichen von der mit Sanktionen abgesicherten Verpflichtung zur Durchsetzung nationaler Rechtsnormen gegenüber Nutzern über Verbote zur Verbreitung falscher Inhalte, wozu in gewissen Ländern auch politisch unliebsame Äusserungen zählen können, bis zu verschärften Massnahmen des Datenschutzes und des Wettbewerbsrechts.

Wie viel sind die Daten wert?

Auch die Corona-Pandemie und die Terrorismusbekämpfung haben vor allem autoritär regierte Staaten zum Anlass oder zum Vorwand genommen, um Social Media stärker einzubinden. In Staaten wie China und Russland werden die globalen Netzwerke unter Berufung auf die eigene «Cybersouveränität» verdrängt, damit ein staatlich möglichst vollständig kontrollierter Cyberraum mit politisch genehmen Plattformen geschaffen werden kann.

Aber auch Demokratien wie die USA, die Europäische Union und das Vereinigte Königreich wollen soziale Netzwerke an eine kürzere Leine nehmen. Die Stossrichtungen und Vorgehensweisen sind allerdings teilweise unterschiedlich. In den USA ist im Dezember 2020 die mächtige Kartellbehörde, die Federal Trade Commission (FTC), aktiv geworden. In einer Klage gegen Facebook wirft die Behörde dem Netzwerk unter anderem vor, seine beherrschende Marktstellung mit Firmenakquisitionen zur Ausschaltung einer Konkurrenz zu missbrauchen.

Die Behörde will, dass sich das Netzwerk von Instagram und Whatsapp trennt und in Zukunft alle Firmenübernahmen anmeldet und sich bewilligen lässt. Dies erinnert an die Kampagne der demokratischen Präsidentschaftskandidatin Elizabeth Warren, die sich mit dem Hashtag #BreakUpBigtech profilierte. Zeitgleich hat die FTC eine Untersuchung gegen die grossen Netzwerke und Videostreamingdienste eingeleitet und diese verpflichtet, dreiundfünfzig Fragen mit detaillierten Informationen zu beantworten.

Die FTC interessiert sich vor allem für den Umgang mit den Nutzerdaten, die Achtung der Privatsphäre und die Einhaltung des Datenschutzes. Drei Kommissionsmitglieder haben den Grund dafür paradigmatisch mit folgender Feststellung umschrieben: «It is alarming that we still know so little about companies that know so much about us.» Die Netzwerke müssen auch konkret angeben, was ihnen die Daten der einzelnen Nutzer finanziell wert sind.

Damit werden sie praktisch verpflichtet, ihren Business-Case, aber auch die Algorithmen sowie die Sammlung und Verwendung der Nutzerdaten offenzulegen. Die Untersuchung soll auch Aufschluss über einen gesetzlichen Regulierungsbedarf geben. Angesichts dessen sind in den USA in absehbarer Zeit neue Regelungen zu erwarten. Dies gilt auch für das Vereinigte Königreich, wo ein Gesetz in Planung ist, das schädigendes Verhalten im Netz unter Androhung von Milliardenbussen bekämpft.

Dazu zählen die Kinderpornografie, die Nutzung von Onlineplattformen zu terroristischen Zwecken und zum Drogenhandel, aber auch generell die Verbreitung illegaler Inhalte sowie gewisser, potenziell schädlicher Falschinformationen. Mit der Regelung, die in eine ähnliche Richtung wie das deutsche Netzwerkdurchsetzungsgesetz geht, will man vor allem die grossen sozialen Netzwerke in die Pflicht nehmen.

Am bedeutsamsten sind zwei im Dezember vorgestellte Verordnungsentwürfe der Europäischen Kommission, die Onlinedienstleistungen in der EU auf eine völlig neue Grundlage des Gemeinschaftsrechts stellen wollen. Das Gesetz zu den digitalen Märkten will faire Marktbedingungen und einen funktionierenden Wettbewerb in einem Bereich sicherstellen, der durch die marktmächtigen globalen Netzwerke bestimmt ist.

Ein Überwachungskatalog

Zu diesem Zweck sollen diverse wettbewerbsbehindernde Praktiken vor allem gegenüber den gewerblichen Nutzern für illegal erklärt werden. Die Kommission soll umfassende Befugnisse für Marktuntersuchungen erhalten. Ein Überwachungs- und Sanktionskatalog rundet diesen Vorschlag für eine umfassende Sonderregelung des Wettbewerbs auf den Onlinemärkten ab. Das sehr umfangreiche Gesetz über digitale Dienste besticht vor allem durch Regelungen, welche es Nutzern erlauben, ihre Rechte gegenüber den Netzwerken zu schützen.

Diese haften zwar grundsätzlich nicht für die von ihnen verbreiteten Inhalte, und vor allem sind sie nicht zu einer permanenten Inhaltskontrolle verpflichtet. Sie dürfen aber die Inhalte moderieren und stehen insbesondere in der Pflicht, wenn sie auf die Verbreitung illegaler Inhalte hingewiesen werden. Allerdings können sie nicht mehr sang- und klanglos Inhalte löschen oder Zugangssperren beschliessen. Vielmehr ist dies schriftlich zu begründen.

Facebooks brachiale Taktik

Ferner sind die sozialen Netzwerke verpflichtet, formelle Beschwerde- und Schiedsverfahren einzurichten, welche möglichst schnell entscheiden können. Aus Gründen der Transparenz haben sie offenzulegen, ob verpönte Inhalte automatisiert gefunden wurden und ob die Entscheidung automatisiert erfolgte. All dies stärkt die Grundrechte der Nutzer enorm. In diesem Sinn ist der Verordnungsentwurf, der ein Stück Rechtsstaatlichkeit im Verhältnis zwischen Netzwerk und Nutzern einführen will, ein echter Meilenstein.

Dem allem haben die Netzwerke wenig entgegenzusetzen. Das eher brachiale Vorgehen von Facebook in Australien – dort beantwortete der Konzern ein nachteiliges Gesetzesvorhaben, indem er das Teilen journalistischer Nachrichten vorübergehend blockierte – dürfte kaum Schule machen. Normalerweise versuchen die Netzwerke, die Verhältnisse mit «weichen» Mitteln zu beeinflussen, also zum Beispiel mit dem Ausbau der Inhaltskontrollen oder mit Lobbyarbeit gegenüber Regierungen und Parlamenten.

Damit wird «Big Tech» wohl nicht mehr so weit kommen wie früher. Der politische Regulierungswillen ist in vielen Staaten zu gross – und er hat sich als Folge der Pandemie verstärkt, zumal diese die grosse Bedeutung der Netzwerke zusätzlich aufgezeigt hat. Die Zeit der grossen Freiheit ist wohl vorbei.